

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 60 (1966)
Heft: 2

Artikel: Weltrundschau : das neue Manöver ; Zurück zur Wirklichkeit! ; Rüstung - Koexistenz - Hunger ; Westdeutsche Verantwortlichkeit ; Italien im Umbruch
Autor: Kramer, Hugo
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141110>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

daß man von Japan aus Asiens Probleme besser verstehen kann als vom Westen her, dann wird das kleine Buch uns nicht nur ein neues Japanbild geben, sondern auch dazu beitragen, zwischen Asien und Europa ein besseres gegenseitiges Verstehen zu schaffen.

M. F.

WELTRUNDSCHAU

Das neue Manöver Was bezweckte eigentlich Präsident Johnson mit seinem Beschluß, die *Kriegshandlungen in Vietnam wieder aufnehmen zu lassen* und die Vietnamfrage dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zu überweisen? Er selbst beteuerte natürlich in seiner Rede an die Nation vom 31. Januar abermals die heiße Friedensliebe seiner Regierung; aber, so fuhr er fort, nach dem Scheitern ihrer «Friedensoffensive» sei ihr eben nichts anderes übrig geblieben, als den Krieg fortzusetzen und besonders Nordvietnam nun erst recht wieder von der Luft aus verheerend angreifen zu lassen, um die Machthaber in Hanoi an den Verhandlungstisch zu zwingen: «Nordvietnam beharrt auf der Fortsetzung der Aggression und verlangt die Unterwerfung Südvietnams unter den Kommunismus.» Und anläßlich des Kriegsrats in Honolulu beschuldigte er am 7. Februar neuerdings die Kommunisten: «Ihr Endziel ist die Versklavung freier Menschen. Wenn wir die Kommunisten in Vietnam siegen lassen, wird die Versuchung für sie um so größer sein, sich anderer Länder in anderen Teilen der Welt zu bemächtigen, und wir werden uns anderswo für den Preis unvoraussehbarer Opfer schlagen müssen.»

Kein redlicher Mensch glaubt das dem Präsidenten der USA. Nicht einmal der Washingtoner Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung». In der amerikanischen Hauptstadt, schreibt er in Nr. 514, traue man einfach Johnson nicht so recht. «Was immer er tut, so wird Johnson eben nicht zum Nennwert seiner öffentlichen Erklärungen genommen. Man unterschiebt ihm immer Nebenabsichten und machiavellistische Motive. Offenbar hat man Mühe, sich Lyndon Johnson ohne Tricks vorzustellen . . . Er hat Mühe, die Glaubhaftigkeit seiner Unternehmen zu etablieren.»

Wahrlich, ein vernichtendes Urteil über den «mächtigsten Mann auf Erden»! Natürlich gehören Lüge, Unaufrichtigkeit und Täuschung ebenso wie Gewalttätigkeit zum eisernen Bestand aller «Realpolitik», bei den Kleinstaaten wie bei den Großmächten, und nicht erst seit Machiavelli. Gewiß ist es Herrn Johnson nicht so recht wohl bei dem Gedanken, daß er mit seinem neuen Bombardierungsbefehl wieder zahllose unschuldige Menschen in einen oft furchtbaren Tod geschickt hat. Er möchte wahrscheinlich die 200 000 Amerikaner, die

jetzt in Vietnam «arbeiten» (ohne die 56 000 Marinesoldaten, die sie unterstützen), je eher, je lieber aus dem vietnamesischen Dschungel herausholen, statt sie immer tiefer darein hineinzudrücken. Da er aber weder genug Wahrheitsliebe noch Mut besitzt, um das in der gegenwärtigen Lage zu tun, so manövriert er eben zwischen den auf ihn einwirkenden Kräften schlau hin und her (wie er es schon längst von der amerikanischen Innenpolitik her gewohnt ist) und hofft auf irgendein Wunder, das ihn aus der Klemme befreien werde, in die er sich selber hineingebracht hat.

Zum ersten Mal sieht er sich ja einer fast organisiert zu nennenden Bewegung des *Widerstands* gegen seine Vietnampolitik in den Reihen der Berufspolitiker beider Parteien gegenüber. Mit der nationalen Einheitsfront in Sachen Vietnam ist es tatsächlich vorbei. Die Abgeordneten, Senatoren und Journalisten, die zu denken beginnen, werden immer zahlreicher und kühner. Sie kritisieren nicht mehr nur die freilich gänzlich unentschuldbare barbarische Kriegführung der amerikanischen Armee in Vietnam, die einer Hitler-Wehrmacht nicht mehr viel nachgibt, und die bald nur noch von Leuten wie den 393 zürcherischen Lehrern und Lehrerinnen verteidigt wird, die sich nicht geschämt haben, in einem Brief an Präsident Johnson den amerikanischen Soldaten dafür zu danken, daß sie «einmal mehr am Wall zwischen Freiheit und Sklaverei für die Grundlagen einer gerechten Weltordnung kämpfen». Die inneramerikanische Opposition greift jetzt mehr und mehr das Vietnamabenteuer der USA *grundsätzlich* an und redet allmählich eine Sprache, die man sonst einfach als «kommunistisch» abgetan hat. Johnson denkt realistisch genug, um dieser Strömung Rechnung zu tragen. Er hat darum vorerst davon abgesehen, die «harten Schritte» zu tun, die er früher für den Fall angedroht hatte, daß Nordvietnam (immer nur Nordvietnam, und daneben Peking, nicht die südvietnamesische Befreiungsfront) «unnachgiebig» bleibe. Vielleicht wollte Johnson damit denjenigen Politikern und Militärs entgegenkommen, die der Regierung empfehlen, sich in Vietnam auf die Behauptung der bisherigen Stellungen, besonders auch mit Hilfe der Seestreitkräfte, zu beschränken, statt sich mit der unmöglichen Aufgabe abzuquälen, die 2500 südvietnamesischen Dörfer zu erobern und zu sichern und Nordvietnam zur Kapitulation zu zwingen. Daß auch mit noch soviel Aufwand von Geld und Truppen Amerika seinen Vietnamkrieg nicht gewinnen kann, das wird allmählich gewiß auch dem Oberbefehlshaber der USA-Armee, der Mr. Johnson ist, klar geworden sein. Nur wagt er es eben nicht offen einzugestehen. Denn da ist ja auch die amerikanische «Kriegspartei», die Gruppe der Scharfmacher, die von einem «Defaitismus», wie ihn zum Beispiel Generalleutnant Gavin vertritt, selbstverständlich nichts wissen will. Wie auch Walter Lippmann in der großen Wochenzeitung «Newsweek» (31. Januar) freimütig feststellt, hieße ja die Annahme der «Behauptungsstrategie» nichts anderes als «die Anerkennung der Tat-

sache, daß der Vietcong die Saigon-Armee im größten Teil von Südvietnam besiegt hat. Sie anerkennt eine tatsächliche militärische Teilung Südvietnams», also den Mißerfolg der ganzen amerikanischen Kriegsunternehmung.

Den «Jusqu'aboutisten», wie man im Ersten Weltkrieg sagte, mußte darum Johnson *auch* entgegenkommen. Er mußte (wie er glaubte) die Wiederaufnahme des unmöglichen Krieges anordnen, um solange wie möglich die Wahrheit über die Kriegslage zu verschleiern und das amerikanische Volk vor dem harten Stoß zu bewahren, den ihm die Enthüllung der Aussichtslosigkeit und Verlogenheit von Johnsons «Freiheitskrieg» versetzen mußte. Und inzwischen böte — so rechnete der Präsident — die Anrufung des *Sicherheitsrats der UNO* immerhin eine weitere Möglichkeit, die Weltöffentlichkeit vom Recht der amerikanischen Sache zu überzeugen und die Autorität der Vereinten Nationen in ähnlicher Weise für den Vietnamkrieg zu gewinnen, wie dies schon von vornherein beim Koreakrieg der USA der Fall gewesen war, ja vielleicht sogar den einen oder anderen Bundesgenossen Nordamerikas zu einer mehr als sinnbildlichen Unterstützung des von Washington an der Vietnamfront geführten «Weltkampfes gegen den Kommunismus» zu veranlassen, so wie das Staatssekretär Rusk an der Dezembertagung der NATO-Minister in Paris in aller Form angeregt hat. Freilich ist auch das eine Selbsttäuschung; weder Labour-England noch Westdeutschland noch Italien, die alle nicht müde werden, ihr volles Einverständnis mit der amerikanischen Kriegführung in Vietnam zu bekunden, denken daran, auch noch Gut und Blut für den großen «Freiheitskampf» in Indochina zu opfern. Nicht einmal Japan, das doch am ehesten dafür in Betracht käme, ist bereit, seine Solidarität mit dem mächtigen Verbündeten jenseits des Pazifik soweit zu treiben. In einem Privatbrief aus Tokio, der in die Schweiz gelangt ist, heißt es deutlich genug: «Wir fürchten sehr, daß der Krieg (in Vietnam) sich zum großen Krieg zwischen Rotchina und den Vereinigten Staaten auswachsen wird. Wenn es soweit kommt, wird dieser Krieg in den dritten Weltkrieg ausmünden — und dann wird alles fertig sein. Ich meine, die Vereinigten Staaten sollten die weitere Ausdehnung des Krieges auf Nordvietnam einstellen. Vietnam sollte dem Volk von Vietnam gehören. Das ist die Meinung der meisten Japaner, aber nicht der japanischen Regierung. Die japanische Regierung gleicht einem Bedienten der Vereinigten Staaten.» Ähnlich tönt es aus der nicht regierungstreuen Presse Japans.

Zurück zur Wirklichkeit! Die Befürchtungen, die man in Japan (und weitherum in der übrigen Welt) in bezug auf die Zukunft des Vietnamkriegs hegt, sind nur allzu begründet. Denn für die Vereinigten Staaten — oder doch mindestens für ihre folgerichtigsten Scharfmacher — steht ja hinter Nordvietnam tatsächlich das kommunistische *China*, dessen Aufstieg zur beherr-

schenden Großmacht Asiens unbedingt verhindert werden müsse. Darum der Wille Washingtons, den Krieg solange fortzusetzen, bis Nordvietnam vor der amerikanischen Übermacht die Waffen strecke und zu «Verhandlungen» bereit sei, die im Sinn der USA nur mit der garantierten Fernhaltung jeden «kommunistischen» Einflusses, das heißt jeder Art sozialer Revolution, von Südvietnam und vom übrigen Südostasien enden dürften. Friedensverhandlungen unter *solchen* Umständen lehnt aber sowohl der Vietcong als die Regierung von Hanoi beharrlich ab; wollten sie darauf eintreten, so säßen sie — wie ihre Sprecher überzeugt sind — in einer Falle und hätten nur mehr die Wahl, entweder Johnsons Friedensbedingungen unter dem Druck der amerikanischen Gegenwart in Vietnam zu schlucken — eine moralische Unmöglichkeit — oder aber sie zurückzuweisen und den Krieg wieder aufzunehmen, was politisch wie militärisch ebenso unmöglich wäre.

Diese Sachlage erklärt es auch, daß die amerikanische Regierung und ihre Propaganda so hartnäckig an der Lüge festhalten, es handle sich in Vietnam nur darum, den Versuch Hanois (und Pekings), Südvietnam sich zu unterwerfen, ein für allemal zu vereiteln und «eine Weltordnung aufzurichten, in der allgemein anerkannt werde, daß bewaffnete kriegerische Aktionen über Grenzen und Demarkationslinien hinweg nicht mehr in Frage kommen können, und daß so gefährliche Spiele wie die Unterwerfung anderer Völker durch Gewalt in unserer Zeit nicht mehr gespielt werden dürfen» (Staatssekretär Rusk am 23. Januar). Daß die Vereinigten Staaten gerade das tun oder versuchen, was sie Nordvietnam vorwerfen, und daß Nordvietnam erst dann zugunsten der um ihre Freiheit von der Herrschaft der volksfeindlichen Oberschicht in Südvietnam kämpfenden Landsleute in die Auseinandersetzung stärker eingriff, als die Amerikaner Nordvietnam zu zerstören begannen — das liegt tatsächlich auf der Hand. Aber wenn und weil für die Vereinigten Staaten der eigentliche Feind China ist, so *braucht* man eben die Lüge von dem durch China geförderten Angriffskrieg Nordvietnams auf das freiheitsliebende Südvietnam, um das wahre Ziel des amerikanischen Machtkampfes um Ost- und Südostasien zu verschleiern. Nicht daß man in Washington die Chinesische Volksrepublik schon für *heute* als Bedrohung der «freien» — lies: bürgerlich-kapitalistischen — Welt empfände. Aber Wehrmachtsminister McNamara wies letzthin doch darauf hin, daß Peking schon bald ebenfalls Atomwaffen und sogar Langstreckenraketen haben werde, «so daß es versuchen wird (!), ganze Teile Asiens, Afrikas und Lateinamerikas seiner Herrschaft zu unterwerfen». Und dieser angeblichen Drohung auf weite Sicht will man in Washington rechtzeitig begegnen, wobei dem Vietnamkrieg eine Hauptrolle zugebracht ist.

Aber auch andere Mittel werden, wie Professor H. Erlenmeyer in den «Schweizer Monatsheften» (Februarheft) schreibt, in den Dienst der USA-Weltpolitik gestellt. «Es ist», so bemerkt er, «bekannt, daß

die Administration der Vereinigten Staaten weitgehendst von den mit den Computern der modernen Rechenzentren gegebenen Möglichkeiten Gebrauch macht, und man kann mit großer Sicherheit sagen, daß die Formulierungen von McNamara zeigen, daß die USA ein sehr genaues Bild besitzen, wie die Wirtschaftsstruktur und damit eng verknüpft das politische Potential in Ostasien in fünf, in zehn, in zwanzig Jahren sich entwickelt haben wird. Man wird so zur Annahme geführt, daß das Engagement der USA durch die Antworten der Computer, die über diese Entwicklung befragt wurden, bestimmt ist. In diesem Sinne kann man sagen, daß der Vietnamkrieg ein Computerkrieg ist, das heißt, die Begründung des Krieges ist nicht aus den heute zutage liegenden Spannungen abzuleiten und zu verantworten, worauf die Kritiker dieses Krieges stets und mit Recht hinweisen können, sondern ist nur zu verstehen aus der zu errechnenden Entwicklung, die in diesem Gebiet — wenn es sich selbst überlassen bleibt — in etwa 15 Jahren sich vollziehen wird. Damit liegt eine Begründung vor, für die die weitere Öffentlichkeit, wie die vielen Gegenstimmen zeigen, noch kein Organ besitzt und auch nicht besitzen kann.»

Daß die Vereinigten Staaten im Vietnamkrieg um jeden Preis siegen wollen und zu diesem Zweck alles in Bewegung setzen, um vor der Weltmeinung als Vorkämpfer edelster Menschheitsforderungen dazustehen, wird von hier aus tatsächlich noch mehr verständlich. Aber welcher neueste Aberglaube heftet sich doch an diesen «Computerkrieg»? Früher befragte man die Sterne oder die Kristallkugel — heute klammert man sich an den Elektronenrechner, um die Zukunft vorauszuwissen und das gegenwärtige Handeln danach zu richten. Und doch ist gerade im Fall China die amerikanische Rechnung von Grund auf falsch angelegt. In der «Stimme der Gemeinde» (Frankfurt am Main, Heft 1/2 1966) stellt Heinz Abosch mit nur zuviel Recht fest, wie wirklichkeitsfern und nur Keime neuer militärischer Abenteuer in sich tragend die Chinapolitik der Vereinigten Staaten sei. «Washingtons Kurs», so schreibt er, «beruht noch immer auf dem Glauben, daß es möglich wäre, die Chinesische Volksrepublik, deren bevorstehender Zusammenbruch so oft prophezeit wurde, in ihrem Einfluß zu reduzieren, fernöstliche Politik ohne und gegen ihren Willen zu betreiben ... Verkannte diese Ansicht bereits in den frühen fünfziger Jahren die Realitäten, so wuchs in der Folge die Diskrepanz zwischen Wunschbild und Wirklichkeit ins Unermeßliche. Jetzt ... dürfte es für Washington Zeit für gründliche Neuüberlegungen sein. Endlich muß es sich damit abfinden, daß seine fernöstlichen Träumereien nichts als wirklichkeitsfremde Gespinste eines Wunschdenkens sind, während China eine handfeste Realität ist.»

Rüstung – Koexistenz – Hunger Die Regierung der Vereinigten Staaten ist freilich noch weit entfernt davon, solch *wahre* Realpolitik in Asien zu betreiben.

Der Widerstand gegen ihr gegenrevolutionäres Abenteuerium hat erst begonnen; die entscheidende Wendung zur Wirklichkeit muß erst noch kommen — zur Wirklichkeit der geistig-sittlichen Welt und ihrer Gesetze vor allem und dadurch auch zu den materiellen und politischen Erfahrungstatsachen. Solang das nicht der Fall ist, sind alle *Abrüstungsverhandlungen* sinnlos, wie sie jetzt wieder in Genf geführt werden, in Fortsetzung der Konferenz der 18 UNO-Staaten, die am 16. September 1965 ergebnislos abgebrochen wurde. Der Hauptgegenstand der Gespräche ist wiederum die Verhinderung einer *Weitergabe von Kernwaffen* an Staaten, die sie noch nicht besitzen. Wie soll das aber möglich sein, wenn China von der Mitgliedschaft in der UNO beharrlich ausgeschlossen wird und die offenkundige Todfeindschaft, die Amerika ihm angesagt hat, mit der Herstellung eigener Kernwaffen beantwortet? Ähnliches gilt — wenn auch anders herum — von Westdeutschland, dem seine Verbündeten in der NATO die heißbegehrte Mitverfügung über ihre Atomwaffen immer noch nicht klar zu verweigern den Mut haben. Die Sowjetunion allerdings bleibt fest in ihrem Widerstand gegen diese unverantwortliche Haltung; aber wie wollen die Vereinigten Staaten deren Widerstand aufweichen und Vertrauen in ihre friedlichen Absichten mit der Bonner Republik erwecken, wenn sie in Asien eine Politik treiben, die höchstes Mißtrauen in ihren Friedenswillen erzeugt? Der Vietnamkrieg belastet tatsächlich jede Zusammenarbeit der Sowjetunion mit der amerikanischen Union zum Zweck der Friedenssicherung aufs schwerste. Ob diese Zusammenarbeit immer ehrlich gemeint war, bleibt natürlich die Frage; China brandmarkt sie ja seit jeher als gegen seine Lebensnotwendigkeiten gerichtet, als Versuch, es auszukreisen und seinen Aufstieg in gemeinsamer Anstrengung nach Möglichkeit zu erschweren und damit die Sache *aller* unterentwickelten Völker zu schädigen. Aber daß die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion neben- und miteinander sehr wohl für die Verhinderung eines atomaren Weltkrieges wirken können, ohne daß darunter der Kampf gegen Kapitalismus und koloniale Ausbeutung leiden müßte, das ist dennoch richtig; ja, wir können uns überhaupt nicht vorstellen, daß eine sozialistische Welt möglich sei, ohne daß die Gefahr eines Atomkriegs durch irgendeine Form sowjetisch-amerikanischer Verständigung gebannt würde. Und eben eine solche Verständigung verhindert die Washingtoner Regierung mit ihrer Ostasienpolitik geradezu mutwillig.

Es sei in diesem Zusammenhang erwähnt, daß auf die Anfänge der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit, die ja in der Überwindung der *Kubakrise von 1962* liegen, jetzt neues Licht gefallen ist. Man hat bisher annehmen müssen, daß Chruschtschew, der seine Raketen nach Kuba geschickt hatte, um einen zweiten nordamerikanischen Angriff auf den jungen sozialistischen Inselstaat zu verhindern, vor der Drohung Kennedys mit einem Krieg gegen die Sowjetunion selbst zurückgewichen sei. Er habe damit zwar seinen Zweck erreicht,

Kuba vor einem neuen Einfall nordamerikanischer Streitkräfte zu bewahren, ihm also das Schicksal zu ersparen, das später Santo Domingo betroffen hat, aber doch Kennedy einen billigen politischen Sieg ermöglicht und der Sowjetunion eine schmerzliche Niederlage zugezogen. Nun ist aber letzthin in Amerika ein Buch von Elie Abel «The Missile Crisis» («Die Raketenkrise») erschienen, das aus offenbar bester Quelle wenigstens bruchstückweise einen Brief wiedergibt, in dem Chruschtschew dem amerikanischen Präsidenten den Abbau der sowjetischen Raketeneinrichtungen anbietet, als Gegenleistung für ein Versprechen Kennedys, Kuba nicht angreifen zu lassen. Der in der Nacht zum 26. Oktober 1962 in Washington eingetroffene Vorschlag wurde sofort angenommen und damit nicht nur Kuba, sondern auch der Weltfrieden gerettet. Es ist also — was bisher verschwiegen wurde — nicht ein blamabler Rückzug Chruschtschews vor einer Drohung Kennedys, der die Krise beilegte, sondern ein förmliches Versprechen Kennedys, auf die schon in allen Einzelheiten vorbereitete Invasion Kubas zu verzichten, ein Versprechen, das der amerikanische Präsident wohl oder übel abgeben mußte, nachdem sich sein sowjetischer Gegenspieler *von sich aus* bereit erklärt hatte, die sowjetischen Raketen zurückzunehmen. Das ganze Bild des Ablaufes der Krise verschiebt sich dadurch wesentlich, und Chruschtschew, der merkwürdigerweise über seinen guten Vorschlag in der Öffentlichkeit geschwiegen hatte, steht heute erheblich besser da, als es bisher geschienen hatte. Es ist nur ein Gebot der Gerechtigkeit, in diesem wichtigen Punkt das Urteil über den früheren Moskauer Diktator zu revidieren, dem seine innerparteilichen Gegner so übel mitgespielt haben.

Kehren wir aber zur heutigen Lage zurück und anerkennen wir, daß Chruschtschews Nachfolger Kossygin der Sowjetunion einen schätzenswerten Ruhmestitel verschafft hat, indem er zwischen *Indien und Pakistan* erfolgreich vermittelte. Die feindlichen Brüder haben in Taschkent, der Hauptstadt des sowjetischen Usbekistan, eingewilligt, die diplomatischen Beziehungen miteinander wiederaufzunehmen und ihre Truppen auf die Vorkriegslinien zurückzuziehen. Wenn auch die Kaschmirfrage selbst, um die der Krieg ging, in der Schwebe belassen wurde und noch nicht zu erkennen ist, wie sie gelöst werden soll, so ist doch eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten so gut wie ausgeschlossen. Die Sowjetregierung hatte natürlich gute Gründe, ihre Vermittlerdienste anzubieten; Indien ist jetzt gegen Pakistan hin entlastet und kann sich seinem Streit mit China zuwenden, was in Moskau gegenwärtig nur mit Befriedigung vermerkt werden dürfte. Aber viel wichtiger ist, daß wieder einmal eine Menschenschlächterei noch verhältnismäßig rechtzeitig abgebrochen wurde und die beteiligten zwei Völker sich dem einzig sinnvollen Krieg gegen Hunger, Armut und Unwissenheit widmen können, diesen Plagen, die gerade Indien und Pakistan so entsetzlich verheeren. Die anscheinend nicht einzudämmende Bevölkerungsvermehrung ist neben anhaltender Dürre und

einer falschen Gesellschaftsordnung schuld daran, daß die verfügbaren Nahrungsmittel hinter dem tatsächlichen Bedarf weit zurückbleiben und in weiten Teilen Indiens Hungersnot herrscht. Die Getreidesendungen aus den Überschüssen der Vereinigten Staaten, die jetzt im Gang sind, werden höchstens vorübergehende Hilfe bringen; das Grundproblem bleibt bestehen und wird in Indien wie in den anderen Hungergebieten der Erde nur durch schleunige und radikale Maßnahmen für eine erhöhte Lebensmittelerzeugung gelöst werden können.*

Muß man nochmals sagen, daß angesichts dieser Lage die Verschleuderung riesiger Kräfte und Geldmittel durch Kriege und Kriegsrüstungen doppelt ruchlos ist? Die Vereinigten Staaten allein wenden für die Zerstörung von Land und Leuten in Vietnam viel mehr auf, als das gesamte Volkseinkommen von Nordvietnam beträgt. Aber auch die «Weltraumeroberung», das Wettrennen nach dem Mond und ähnliche die Phantasie der Menschen erregende Unternehmungen lenken nur von viel dringenderen Aufgaben ab, die den Völkern gestellt sind. Dafür ist immer noch Zeit, wenn einmal der Hunger der ungezählten unterernährten Millionen der Erdbevölkerung gestillt ist; oder was hilft es uns, wenn wir wissen, wie es auf dem Mond aussieht, und im Weltraum schwebende Stationen Spionage und Kriegführung erleichtern, wenn aber dafür auf unserer Erde die große Hungerkatastrophe ausbricht, die die Ernährungsfachleute schon für eine unheimlich nahe Zukunft voraussagen?

Westdeutsche Verantwortlichkeit Für den Geisteszustand, der hinter all diesen Unsinnigkeiten steht, ist nicht zuletzt auch *Westdeutschland* verantwortlich, das aus dem zweimaligen Zusammenbruch der deutschen Machtpolitik nichts gelernt hat und jetzt einem dritten Zusammenbruch entgegengeht. Fr. W. Förster, der große Mahner und Gewissenswecker, hatte vollkommen recht, wenn er vor neun Jahren in einer pädagogischen Zeitschrift betonte: «Es darf weder verschwiegen noch in seiner ganzen Gefahr unterschätzt werden, daß es in Deutschland keine große geistige Auseinandersetzung mit dem ganzen Fluche des Verbrechens und der Verirrungen der neudeutschen Ära und vor allem der Nazi-Periode gegeben hat, die bestenfalls als eine isolierte Geistesstörung des nationalistischen Deutschlands, aber nicht als letzte unvermeidliche Konsequenz des ganzen Geistes der neudeutschen Geschichte betrachtet wird.»

Es bleibe, so fand Förster, eine Hauptaufgabe einer wirklichen politischen Erziehung der Deutschen, ihnen «die ganz besondere Verantwortlichkeit des europäischen Zentralvolkes für die neuen Notwen-

* Siehe den Aufsatz über die Welternährungskrise im Januarheft der «Neuen Wege».

digkeiten internationaler Einigung eindrucksvoll zu begründen und der unerträglichen nationalen Selbstverherrlichung ein Ende zu machen, in deren Banne noch ein so großer Teil des deutschen Volkes steht, und die nichts zu kennen scheint als das deutsche Interesse, das deutsche Recht und den deutschen Anspruch auf Rückgabe alles Verlorenen und auf Wiedergutmachung aller deutschen Verluste».

So ist es auch im Jahr 1966 noch mit Westdeutschland bestellt. Die Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937, die Neuausdehnung des deutschen Machtbereichs bis weit in den Osten hinein, die umfassendste militärische Wiederaufrüstung und die Herstellung der vollen westdeutschen «Wehrhoheit» durch Gleichberechtigung mit den anderen Westmächten in bezug auf die Verfügung über Atomwaffen — das sind ja, mit der dazu gehörigen Einverleibung der ostdeutschen Republik in den Bonner Teilstaat, die wesentlichen Ziele der westdeutschen Außenpolitik. Dabei setzt man auf die Fortdauer und womöglich Verschärfung des Gegensatzes zwischen Amerika und Rußland besonders hohe Hoffnungen. Welche Täuschung aber, davon für Westdeutschland irgend etwas Gutes zu erwarten! In der Hamburger «Neuen Politik» (11. Dezember 1965) macht Wolf Schenke mit Recht wieder einmal darauf aufmerksam, daß «im Fall eines bewaffneten Konflikts mit östlichen Streitkräften die USA nicht von ihrem eigenen Territorium aus atomar antworten würden . . . Die Amerikaner müßten Selbstmörder sein, was man nicht von ihnen erwarten kann, wenn sie nicht die großartige Gelegenheit wahrnehmen, von ihren Stützpunkten in der Bundesrepublik aus zu schießen, wodurch sie nur einen Gegenschlag auf diese, jedoch nicht auf sich selbst, herbeiziehen würden . . . Damit bewahren sich die beiden Großmächte (Amerika und Rußland) vor der Vernichtung, während die Bauern auf dem Schlachtfeld, Bundesrepublik und DDR und vielleicht noch dazu Polen und die Tschechoslowakei, geopfert werden.» (Die Schweiz ginge dabei mit zu Grunde!)

Sieht man in Westdeutschland wirklich nicht ein, daß die einzige Rettung Mitteleuropas die Schaffung einer *atomwaffenfreien, ja überhaupt abgerüsteten Zone* wäre, zu der beide deutsche Staaten, dazu Polen, die Tschechoslowakei, aber auch Österreich und die Schweiz gehören müßten? Schüchterne Anzeichen einer erwachenden Erkenntnis dieser Sachlage sind freilich in der Bundesrepublik dann und wann zu bemerken. Die Aussprache über die Oder-Neiße-Grenze, die durch die Denkschrift der Evangelischen Kirche angeregt wurde, geht immerhin weiter. Auch ein Mitglied der Regierung Erhard, der neue «Vertriebenenminister» Gradl, hat vor ein paar Wochen angedeutet, daß Westdeutschland für die Gewährleistung seiner Sicherheit vor einem Angriff aus dem Osten, den es angeblich fürchtet, und die Wiedervereinigung mit Ostdeutschland gewisse Zugeständnisse machen müsse; ja selbst Außenminister Schröder, der wahrhaftig kein kühner Neuerer ist, erklärte an der Pariser NATO-Konferenz, «das deutsche

Volk» (?) sei im Fall einer Wiedervereinigung der beiden Teilstaaten «zu großen Opfern bereit». Auch aus Westberlin vernimmt man immer wieder Stimmen, sogar von höchster Stelle, die einer «Politik der kleinen Schritte» auf dem Weg zu einer Verständigung mit der DDR das Wort reden. Aber das sind alles so zaghafte Ansätze zu einer wirklichkeitsgemäßen Beurteilung der Lage, daß es schon einen abenteuerlichen Optimismus brauchte, um darin den Beginn einer wirklichen, tapferen Abkehr von der verhängnisvollen Militär- und Außenpolitik zu sehen, wie sie die Bonner Republik seit ihrer Gründung verfolgt. Vor allem fehlt bei den westdeutschen Politikern aller Parteien vollkommen der Mut, dem Volk die Wahrheit über die Aussichten einer Politik zu sagen, die auf die Auslöschung der macht- und grenzpolitischen Folgen der deutschen Niederlage von 1945 ausgeht.

Und es handelt sich nicht einmal nur um die Niederlage im Zweiten Weltkrieg, aus der man in Westdeutschland nicht die Folgerungen ziehen will; das deutsche Volk, mindestens dasjenige der Bundesrepublik, ist auch, wie *Sebastian Haffner* in seinem Buch «Die sieben Todsünden des Deutschen Reiches» (1965) schreibt, «mit dem Ergebnis des Ersten Weltkrieges nicht fertig geworden. Es liegt ihm unverdaut und unverdaulich im Magen wie eh und je».

Haffner hat sich in diesem Buch verdienstvollerweise bemüht, in lesbarer Form die Tatsachen über Deutschlands Verantwortung für den Ersten Weltkrieg klarzustellen, Tatsachen, die die große Masse der Westdeutschen bis zum heutigen Tag zur Kenntnis zu nehmen sich weigert. Solche Kopfklärung ist um so notwendiger, als, wie der Verfasser betont, schon vor und während des Ersten Weltkrieges Deutschland begann, «die Fehler zu machen, die es seither immer weiter in der Welt heruntergebracht haben — und die es heute noch macht». Sieben «Todsünden», so stellt er fest, seien es auch heute noch, die man der westdeutschen Politik zur Last legen müsse: Uner sättliche Machtgier; militärische Verblendung, die sich Ziele setze, die nur durch Kriege erreicht werden könnten; ungeheure Selbstüberschätzung; widerwärtige Selbstgerechtigkeit, die nichts von eigener Verschuldung wissen wolle; krasse Verkennung der politischen Wirklichkeiten, die sich nur an Wunschvorstellungen und Selbsttäuschungen klammere; Mißachtung der ganzen Umwelt, in der Deutschland lebe, besonders der tatsächlichen Aufteilung Europas zwischen Amerika und der Sowjetunion, so daß das deutsche Volk das erste Todesopfer eines Zusammenstoßes zwischen diesen beiden Mächten sein würde; und schließlich die «Feigheit der Vernunft» in Westdeutschland, wobei sich besonders die Sozialdemokratie hervorgetan habe, die weder die Kraft noch den Mut gehabt habe und habe, von ihr erkannte Fehler der Regierenden anzuprangern und zu verhindern, heute nicht zuletzt aus Angst, wieder mit einer «Dolchstoßlegende» wie 1918 belastet zu werden.

Man ist, wenn man Haffners Buch liest, tatsächlich verblüfft, zu

sehen, wie die Mehrheit der Westdeutschen und besonders ihre verantwortlichen Staatsmänner genau die Fehler und Sünden wiederholen, die schon im kaiserlichen Deutschland gemacht wurden. Es muß wirklich eine in die Tiefe gehende Selbsteinkehr in Westdeutschland kommen — und *bald* kommen —, wenn dieser Geisteszustand nicht einen dritten Zusammenbruch bewirken soll, der diesmal freilich endgültig wäre und wohl auch die Nachbarn Deutschlands verschlingen würde.

Italien im Umbruch Beschließen wir aber unsere diesmalige Umschau mit einem Blick auf *Italien*, wo sich wichtige, bezeichnende Entwicklungen vollziehen. Man erkennt das schon an der endlosen Reihe von Arbeitskämpfen, die auch im neuen Jahr ausgefochten werden, sollen doch in den kommenden Monaten sechs Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte in die Streikbewegungen einbezogen werden. Der Übergang Italiens vom halbindustrialisierten Agrarland zum vollorganisierten modernen Industriestaat, in dem die Arbeiterschaft aus feudaler Abhängigkeit und Armut immer bewußter und umfassender zu menschenwürdigem Leben und gesellschaftlicher Freiheit aufzusteigen beginnt, steht im Hintergrund auch dieser jüngsten sozialen Auseinandersetzungen. Dazu kommt, daß auch der italienische Kapitalismus in einer bedeutsamen Wandlung begriffen ist und seine fortgeschrittensten Träger die notwendige Rationalisierung, Organisation und Planung der «freien» Wirtschaft durch soziale und politische Zugeständnisse an die Arbeiterbewegung zu erkaufen bemüht sind, die dem lohnarbeitenden Volk Klassenbewußtsein und Klassenkampf austreiben und es der bürgerlich-kapitalistischen Klassengesellschaft friedlich einverleiben sollen.

Dieses Bemühen hat schon bisher erhebliche Erfolge gezeitigt, besonders auf politischem Gebiet. Derjenige Teil der sozialistischen Arbeiterbewegung, der am ersten diese Verbürgerlichung bewußt mitmachte, hat sich schon 1947 von der großen, ruhmreichen *Sozialistischen Partei* getrennt und als *Sozialdemokratische Partei* selbständig gemacht, das heißt in Wahrheit in Abhängigkeit vom Bürgertum begeben. Für seine Verdienste um die Stützung der rechtsbürgerlichen Regierungsmannschaft ist der Führer der Sozialdemokratie, Giuseppe Saragat, denn auch gebührenderweise zum Staatspräsidenten erkoren worden.

Aber dabei ist die Entwicklung ja keineswegs stehen geblieben. In der Sozialistischen Partei selber ist der Zug nach rechts immer stärker geworden, so sehr, daß ihr alter Führer Pietro Nenni seine ganze «revolutionäre» Vergangenheit mehr und mehr verleugnet, seine Partei zuerst von Fall zu Fall der Koalition der «linken Mitte» — Christlichdemokraten, Sozialdemokraten und Republikaner — zur Verfügung gestellt und sie dann in aller Form in diese Regierung hineingebracht hat, in der er selbst Vizepräsident wurde, und nun folgerichtig auch

noch die organisatorische Verschmelzung der Sozialistischen mit der Sozialdemokratischen Partei vorbereitet.

Gegen die Stärkung des rechtssozialistischen — besser: des linksbürgerlichen, nur sozialreformerischen — Einflusses auf die Regierung, die dieser ganze Vorgang zur Folge haben muß, kehrt sich nun freilich der rechte Flügel der *Christlichdemokraten*, der nicht einsieht, daß dies eben der Preis für die grundsätzliche Aufrechterhaltung der bürgerlich-kapitalistischen und immer noch stark feudale Züge tragenden Gesellschaftsordnung Italiens ist, während die klügeren Vertreter der Linken innerhalb der großen katholischen Partei es begriffen haben und alles tun, um die Bildung einer regierungsfähigen reformistischen Arbeiterpartei und die Isolierung der sozialistischen Linken und der Kommunistischen Partei zu begünstigen. Das ist der Hintergrund der *Krise der Regierung des «linken Zentrums»* unter Aldo Moro, die in dem Augenblick, da wir schreiben, noch nicht gelöst ist, aber doch mit einer Wiederherstellung der alten Koalition in etwas veränderter Form enden dürfte.

Noch ist die Vereinigung der Nenni-Anhänger mit den Sozialdemokraten nicht vollzogen. Noch ist es auch unklar, ob sich die Gegner der Vereinigung innerhalb der Partei Nennis von der Mehrheit trennen und sich vielleicht der *Sozialistischen Partei der Proletarischen Einheit* anschließen werden, die sich schon vor zwei Jahren von der Mutterpartei abgespalten hat und anscheinend kräftigen Zuwachs aus der Arbeiterschaft, besonders aus der jüngeren Generation, bekommt. Aber daß die neue Arbeiterpartei im Lauf des Frühjahres doch zustandekommen wird, steht außer Zweifel; sie liegt in der Logik jener Verbürgerlichung der sozialistischen und Gewerkschaftsbewegung begründet, die sich in den meisten Ländern Westeuropas mehr und mehr durchgesetzt hat.

Nur wird damit das letzte Wort eben nicht gesprochen sein. Die Unabhängigen Sozialisten werden ein dankbares Tätigkeitsfeld gewinnen und dem Gesetz der Trägheit, das die Mehrheit der Partei Nennis in der Gefolgschaft des Führers hält, ein Gegengewicht schaffen. In einem Aufruf ihrer Parteileitung, den «Mondo Nuovo» nach dem jüngsten Parteitag veröffentlichte, wird die Politik der Rechtssozialisten unter Nenni zurückgewiesen, die nur den reaktionären Kräften als Deckmantel für ihr System der Ausbeutung und Niederhaltung der Arbeiter diene. «Einer Wirtschaftspolitik, die den Kapitalismus verteidigt», so heißt es weiter, «setzen wir den Kampf für die Rechte der Arbeiter entgegen, um die Monopolgebilde und die Machtstellungen der Bevorrechteten zu stürzen. Der Gutheißung des atlantischen Militärblocks, der imperialistischen Politik, der Atomwaffenrüstung der NATO und Deutschlands setzen wir eine erneuerte Anstrengung für Frieden, Abrüstung, Neutralität und Völkersolidarität entgegen... Der Spaltung der Arbeiterschaft setzen wir das Bemühen um ein Höchstmaß von Einheit all derer entgegen, die von ihrer eigenen Ar-

6
beit leben und im Wesentlichen die gleichen Ziele haben, was auch immer die geistige oder religiöse Einstellung sein mag, mit der sie ihre Bestrebungen verbinden. An alle Arbeiter richten wir unseren Aufruf zu gemeinsamem Handeln. An die sozialistischen Genossen richten wir unsere Einladung, zu uns zu kommen und den Kampf weiterzuführen, dem wir unser Leben geweiht haben.»

Anderseits wird die *Kommunistische Partei*, hinter der ein volles Viertel der italienischen Wählerschaft steht, trotz dem nun bevorstehenden vollkommenen Bruch der bisherigen Sozialistischen Partei mit dem früheren Bundesgenossen zur Linken, als Hauptträgerin der Opposition gegen das Regime vermutlich neuen Auftrieb erhalten, obwohl sich auch in ihren Reihen allerlei «Aufweichungsbewegungen» geltend machen und der Kurs der Partei keineswegs eindeutig festgelegt ist. Die Verbindungen zwischen Sozialisten und Kommunisten sind ohnehin in den Gewerkschaften und Genossenschaften wie in zahlreichen Gemeinde- und Provinzialregierungen noch immer recht lebendig, und die mehr und mehr einheitlich geführten Gewerkschaftskämpfe werden in besonderem Maße dazu beitragen, eine Versumpfung der italienischen Arbeiterbewegung zu verhindern. Früher oder später wird so trotz allem jene aus dem Volk selbst aufsteigende Kraft heranwachsen, die die immer notwendiger werdende soziale und politische Erneuerung Italiens vollziehen muß.

11. Februar.

Hugo Kramer